



Altersgerechte Arbeit und Freie Heilfürsorge

Die GdP hat zu einem Treffen von Kolleginnen und Kollegen, die sich in der RP-Polizei um die Gesundheit der Belegschaft kümmern, in das Tagungszentrum der Bereitschaftspolizei Mainz eingeladen.

SALSA-Studie zur Gesundheit in der Polizei, Nachreiner-Studie zur Lebensarbeitszeit, Wechselschichtdienstkonferenz der GdP, Einführung des Behördlichen Gesundheitsmanagements und zuletzt Einstellung einer Gesundheitswirtin. In zahllosen Gesprächen, Veranstaltungen und Seminaren hat die GdP das Gesundheitsthema nach vorne gebracht und fand, dass es an der Zeit sei, eine Zwischenbilanz zu ziehen, um die zweifelsfrei vorhandenen Verbesserungsmöglichkeiten und Ziele auf die Agenda der kommenden Monate und Jahre zu setzen.

Josef Schumacher, im Geschäftsführenden Landesvorstand zuständig für Arbeitsschutz und Gesundheit, begrüßte neben den rund 80 Teilnehmern besonders **Staatssekretärin Heike Raab**, den stellvertretenden Leiter der Polizeibehörde **Rainer Leubecher** und Polizeipräsident **Wolfgang Fromm**.



Staatssekretärin Heike Raab: „work-life-balance“ ist wichtig.

Wichtige Teilnehmer

Heike Raab bedankte sich bei der GdP für die Organisation und bei den Referenten für ihr Engagement. Sie hob die Teilnahme hochrangiger Polizeivertreter, darunter Hausherr **Klaus Wertz**, hervor. Raab machte deutlich, dass ihr die Belastungen des Polizeiberufs bewusst seien; die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sei vor dem Hintergrund der auch vom Innenressort einzuhaltenden „Schuldenbremse“ eine große Herausforderung. Wechselschichtdienst, Arbeitsbelastung, zunehmende Gewalt und weitere Problemstellungen bei gleichzeitiger Perso-



Organisator und Moderator Josef Schumacher (links) stellt vier hochkarätige Referenten vor (v. l.): Philipp Römer (ISIM), Dr. Stephan Brill (BePo), Dr. Christoph Heidrich (Unfallkasse) und Jürgen Schmitt (Leiter Polizeieinsatz im PP Trier).

nalreduzierung sind zu berücksichtigen, so Raab, für Polizistinnen und Polizisten ist eine „work-life-balance“, also die erforderlichen Erholungsphasen für Körper und Geist, zu organisieren und dem Privatleben genügend Priorität einzuräumen, ebenso wichtig wie auch für andere Arbeitnehmer. Die Staatssekretärin dankte der GdP für die Initiative zum runden Tisch Polizei und erklärte: „Gesundheit ist unser höchstes Gut. Wir müssen uns kümmern, haben uns gekümmert und BGM eingeführt. Nur das Einführen reicht nicht aus. BGM muss mit Leben gefüllt werden. Der demografische Wandel, das psychische Wohlbefinden am Arbeitsplatz, alters- und altersgerechte Arbeitsverhältnisse und eine breite Beteiligung der Betroffenen sind die zu bearbeitenden Themen.“ Ihr Dank galt dabei der Unfallkasse Rheinland-Pfalz, die ein wichtiger Partner geworden sei, auf den die Polizei nicht mehr verzichten wolle.

Gemeinsam auf den Weg

„Wir wollen uns gemeinsam auf den Weg machen für eine gesunde Polizei Rheinland-Pfalz“. Mit diesem Postulat bedankte sich die Staatssekretärin für die Gelegenheit zum Grußwort.

Vier Themengebiete

In Eingangsreferaten und Workshops wurden die vier wichtigen Gesundheitsthemen der Tagung in Angriff genommen:

- **Behördliches Gesundheitsmanagement in der Polizei**
- **Gesundheit im Wechselschichtdienst erleben**
- **Eingeschränkte Dienstfähigkeit, ihre Folgen und Möglichkeiten**
- **Ärztliche Dienste in der Polizei**

Dr. Christoph Heidrich gab einen Überblick über grundlegende Ziele und Arbeitsweisen des BGM und betrachtete die bisherige Zusammenarbeit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz mit der Polizei. Er hebt die Betriebskultur als erfolgskritisches Kriterium



Dr. Heidrich, Unfallkasse: „Zusammengehörigkeitsgefühl ist wichtig“.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

um besonders hervor: „Das Ausmaß des Zusammengehörigkeitsgefühls im Team korreliert nach einer Studie von Prof. Barbara mit dem Ausmaß depressiver Verstimmungen“.

Führung und Arbeitszeit

Gesunde Führung und Arbeitszeit seien besonders wichtige Themen für die Polizei. Dieser Erkenntnis sei man mit einer Tagung für Führungskräfte mit Dr. Anne Katrin Matyssek (www.do-care.de) und einer Veranstaltung mit dem Arbeits- und Organisationspsychologen Prof. Dr. Friedhelm Nachreiner (www.gawo-ev.de) zum Thema Arbeitszeit im Wechselschichtdienst nachgekommen. Aktuelles Thema sei „Psychische Belastungen am Arbeitsplatz“. Den entsprechenden Vorträgen, unter anderem mit Dr. Alexander Jatzko vom Westpfalzklinikum, werde in der Polizei sehr großes Interesse entgegengebracht.

Dienstunfallfürsorge bei der Unfallkasse?

Ludger Lohmer von der Unfallkasse betrachtete die Möglichkeiten seines Hauses, für die Polizei – originär oder als Auftragsleistung – die Dienstunfallvor- und -nach-sorge zu übernehmen und stieß damit angesichts der ungeheuren Probleme mit der Aufgabenerledigung durch die ADD auf großes Interesse.

Der Workshop zum BGM bekräftigte die Forderung nach spürbarer Unterstützung und einem klaren Bekenntnis der Vorgesetzten und des Dienstherrn. Aus dem AG-Ergebnis: BGM ist Dienstzeit, für BGM muss Geld und Zeit da sein und es bedarf einheitlicher klarer Vorgaben mit Gleichbehandlung für Beamte und tariflich Beschäftigte. Arbeitsschutz, BGM und Dienstunfallfürsorge gehören gedanklich zusammen; die Polizei braucht dringend einen fachlich kompetenten Ansprechpartner nach Dienstunfällen.



Ludger Lohmer: „Die Unfallkasse ist kompetent in Sachen Unfallfürsorge“.

Gesundheit und Wechselschichtdienst

„Gesundheit im Wechselschichtdienst (WSD) erleben“, war das Thema im stark nachgefragten Workshop, geleitet von **Philipp Römer**, Referatsleiter in der Polizeiabteilung des ISIM. Römer skizzierte die besonderen Belastungen des WSD – Stichwort „biologische und soziale Desynchronisation“. Er konstatierte, dass es vor dem Hintergrund der Personalsituation und der Schuldenbremse schwierig sei, bei der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse Fortschritte zu erzielen, umso wichtiger sei eine effektive Verhaltensprävention. Das führe jedoch unmittelbar zu der Frage: Wie bringt man



Philipp Römer, ISIM: „Wie bringt man BGM-Angebote in den WSD?“

BGM-Angebote der Verhaltensprävention an den WSD?

WSD attraktiver machen

Im Workshop wurde deutlich, dass die politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen die Grenze für erwünschte Verbesserungen darstellen. Beispiele der Teilnehmer: Verkürzung der Arbeitszeit für Ältere und WSD-Leistende, etwa durch zeitliche Faktorisierung der Nachtdienste. Steigerung der Attraktivität des WSD durch Anpassung der 20 Jahre alten Erschwerniszulagen.

Arbeitszeitverkürzung und Entschleunigung

Unter der Überschrift „Entschleunigung“ erarbeiteten die Teilnehmer aber auch Methoden und Maßnahmen, die ohne „die Politik“ möglich erscheinen: In Dienst- und Zielvereinbarungen ausdrücklich Raum für BGM und Teambuilding geben, war ein Stichwort. „**Längere Überlappungszeiten dienen der psychosozialen Hygiene**“, stellte eine Teilnehmerin fest und andere wiesen darauf hin, dass Vorgesetzte auch Phasen mit etwas weniger Arbeitsanfall akzeptieren sollten. Schichtdienst muss nach dem Workshop-Ergebnis regelmäßig sein und in festen Dienstgruppen (soziale Heimat) stattfinden. Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Arbeitszeit wurde eher als Chance diskutiert, denn als Bedrohung, da es sich im Kern um eine Arbeitsschutzvorschrift handele.

Eingeschränkte Dienstfähigkeit im PP Trier

1014 eingeschränkt dienstfähige (edf) Kolleginnen und Kollegen im Land sind eine Herausforderung, der sich das PP Trier unter Federführung des Leiters Polizeieinsatz, **Jürgen Schmitt**, stellt. Die Ursachen für EDF lägen – so Schmitt – oft gerade in der langjährigen Verwendung im WSD – also der gefahrengeneigten Arbeit rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr, mit hohem Außendienstanteil. Ein Ende sei auch nicht abzusehen, denn die demografische Struktur des Personalkörpers der Polizei deute darauf hin, dass „die edf-Kolleginnen und -kollegen nachwachsen werden“. Möglicherweise müsse man dauerhaft von etwa 20% eingeschränkt einsetzbaren Kolleginnen und Kollegen ausgehen, für die keine entspre-

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



GdP-FACHTAGUNG GESUNDHEIT



Jürgen Schmitt, Leiter PE beim PP Trier: „Die Ursachen für EDF liegen oft in langjährigem Wechselschichtdienst“.

chenden Funktionen im Tagdienst vorhanden seien.

Schmitt stellte diverse Maßnahmen seiner Behörde vor, mit denen man dort versucht, dem Thema gerecht zu werden. Dabei gelte, dass der Einsatz so WSD-nah wie möglich stattfinde und dass die Erfahrungen der meist älteren Kollegen (88% über 50 Jahre) genutzt werden müssten. Der Verzicht auf Ausschreibungen bei der Besetzung von Stellen bis A 11 sei bereits Praxis. Mit der Zentralen Ermittlungsgruppe (ZEG), bei der die Mitglieder auf ihren Dienststellen verbleiben, aber auch Vorgänge aus anderen Bezirken bearbeiten, oder der Ermittlungsgruppe bei der PI Wittlich würden neue Wege beschritten, der Schwerkverkehrs-Kontrolltrupp biete darüber hinaus Verwendungsmöglichkeiten. **Werner Hilmer** berichtete aus dem Workshop, dass die Konkurrenz um Tagdienststellen mit Tarifbeschäftigten diskutiert worden sei. Die Verwendung sehr junger Kolleginnen und Kollegen in Stabsfunktionen sei ebenso hinterfragt worden.

Projekt „WSD 50 plus“

Dr. Thomas Kreis, Betriebsarzt im PP Trier, berichtete über erste Erfahrungen aus dem Projekt „WSD 50 Plus“ mit 57 Teilnehmern, in dem unter anderem lebensälteren WSD-Kollegen die Möglichkeit zu ärztlichen Gesundheits-Checks gegeben wird.

Polizeiärzte

Dr. Stefan Brill, Leitender Polizeiarzt bei der Bereitschaftspolizei, stellte den Polizeiärztlichen Dienst als Ganzes vor. 28 000 „Fälle“ der Freien Heilfürsorge, die Betriebsmedizin und gutachterliche (amtsärztliche) Tätigkeiten gehören zum Arbeitsspektrum. Wichtig sei dabei die Trennung der Aufgaben. Der Heilfürsorge-Arzt könne nicht gleichzeitig als Amtsarzt auftreten. Bei der Betriebsmedizin gebe es die grundsätzliche Diskussion, ob der externe Blick eines Beauftragten oder der inter-

nen Blick eines Polizeiarztes der richtige sei. Kernaufgabe aller Bereiche ist jedenfalls aus Sicht von Dr. Brill die Gesunderhaltung der Polizeibeamtinnen und -beamten.

Bei der Frage, ob die „Freie Heilfürsorge (FHF)“ ein Modell für die ganze Polizei sei, mahnte Brill zur Behutsamkeit. Es komme sehr darauf an, wie diese ausgestaltet sei. Leistungen müssten beschrie-



Dr. Brill: „Freie Heilfürsorge ist eine Frage der Ausgestaltung“.

ben werden, anzustreben sei das Niveau der heutigen Versorgung in der Bereitschaftspolizei.

Freie Heilfürsorge und Prävention

Aus dem Workshop wurde ergänzend gefordert, die FHF um polizeispezifische Präventionsinstrumente (Vorsorge – Sport – Kur, Gesundheitscheck) zu ergänzen; anonymisierte Daten aus der FHF könnten zum BGM genutzt werden. Auf jeden Fall müsse es eine Übergangsregelung für die derzeit Versicherten mit einem Optionsrecht geben. Die klare Trennung von Behandlung, Betriebsmedizin und Gutachterwesen wurde vom Workshop zum Postulat erhoben. **BB**

Ernst Scharbach: „HÖCHSTE ZEIT“



schnittlich höhere Lebensalter im Tagesdienst bemerkbar.

Die Zahlen bestätigen die GdP

Die Anhebung der Lebensarbeitszeit auf derzeit 62 Lebensjahre im g. D. und auf 64 im h. D. führt dazu, dass den Kollegen/-innen weitgehend die Chancen genommen werden, in höherem Alter aus dem Schichtdienst auf eine Tagesdienststelle zu wechseln.

WSD bis zur Pensionsgrenze

Der Verbleib im WSD bis zum Erreichen der Pensionsgrenze ist die logische Folge – gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis.

Die Studien von Prof. Dr. Nachreiner und die SALSA-Studie der Unfallkasse haben bereits vor Jahren darauf hingewiesen, dass mit der Verlängerung der Arbeitszeiten die Leute kaputtgemacht werden.

Leider scheinen alle Mahnungen der Gewerkschaft und alle wissenschaftlichen Studien auf taube Ohren zu stoßen. Immerhin hat sich der Arbeitskreis „Behördliches Gesundheitsmanagement“ unter Leitung von Philipp Römer und Rolf-Dieter Schulz des Themas angenommen. Ein wahrlich dickes Brett ...

Die GdP fordert die Landesregierung unmissverständlich auf, endlich Konsequenzen zu ziehen!

Die Methoden liegen auf der Hand. Es ist höchste Zeit.

Ernst Scharbach

Ich stelle fest, dass der Dienstherr und die GdP bei der Erhebung des Befundes nahezu deckungsgleich sind.

Bei der Frage, was zu tun ist, dürfte es (noch) Unterschiede geben; fest steht aber, dass „etwas“ geschehen muss.

Zu alarmierend ist die Entwicklung. Die Erhebung der Krankheitsquoten durch das Innenministerium offenbart einen drastischen Anstieg der Fehltag im Schichtdienst.

Waren 2011 noch 64474 krankheitsbedingte Fehltag zu verzeichnen, so stieg dieser Wert 2012 um 15725 auf 80199 Fehltag an.

Steigerung um enorme 24,4%

Bezogen auf die Zahl der Arbeitstage erhöhte sich der Wert von 6,28% um 1,44%-Punkte auf 7,72%.

Eklatante Zunahme: 22,9%!

Im Schichtdienst ergaben sich im Jahr 2012 19,31 Fehltag pro Mitarbeiter/-in. Im Tagesdienst waren es 19,67. In diesen Zahlen macht sich das durch-



SPD-Fraktion hakt nach beim Thema VISIER und Opferschutz



V. l.: Bernd Becker, Michael Hüttner, Heiko Sippel, Wendelin Schmidt, Raphael Schäfer

Im Nachgang zum GdP-KriPo-FORUM von Januar dieses Jahres zeigten die SPD-Landtagsabgeordneten Michael Hüttner (Polizeisprecher) und Heiko Sippel (Rechtspolitischer Sprecher) Interesse an der Evaluation des Konzeptes VISIER, das dem Austausch von Informationen zwischen Justiz und Polizei zum Schutz vor gefährlichen entlassenen Strafhäftlingen dienen soll. Zu diesem Zweck hatten die beiden Abgeordneten die GdP zu einem Gespräch eingeladen.

Personal, Personal, Personal ...

GdP-Vertreter Bernd Becker skizzierte eindringlich die Arbeitsbelastung, die mit VISIER bei sinkendem Personalbestand zusätzlich auf die Polizei zugekommen sei, stellte aber fest, dass es sich um eine wichtige und erforderliche Aufgabe handele, der man sich stellen müsse.

Direkter Zusammenhang zu Strafprozess und Strafvollzug

Er legte Wert darauf, das Thema im Kontext des gerade entstehenden Strafvollzugsgesetzes und der möglicherweise bevorstehenden Änderung des § 246a StPO zu sehen. Becker: „Wenn bei entsprechenden Angeschuldigten oder Angeklagten bereits im Hauptverfahren die Begutachtung von Gefährlichkeit und Therapiefähigkeit obligatorisch wird oder nach dem neuen Vollzugsrecht die Begutachtung ganz am Anfang der Strafhaft zu stehen hat, sind zweierlei Dinge zu erwarten:

Erstens: Die Zahl der VISIER-Probanden geht zurück, weil mehr Häftlinge zum Ende der Strafhaft als erfolgreich therapiert gelten dürften.

Zweitens: Es gibt eine wesentlich profundere Datenbasis zur Beurteilung der Gefährlichkeit der Probanden.

Sonstige Gewalttäter

Der rheinland-pfälzische Sonderweg, neben den Sexualstraftätern auch „sonstige Gewalttäter“ im VISIER-Konzept zu betreuen, stößt wegen der Unvereinbarkeit mit der Personallage nach wie vor auf Kritik der GdP. Die Abgeordneten zeigten sich hingegen eher zufrieden, dass „die Gewalttäter drinbleiben sollen“. Einig war man sich aber darin, dass wenigstens ein abgestuftes Verfahren für die „Sonstigen“ mit weniger Aufwand aufseiten der Polizei realisiert werden müsse.

Die GdP-Kollegen **Wendelin Schmidt** und **Raphael Schäfer** lieferten detaillierte Fakten und Hintergründe zur polizeilichen Praxis im Umgang mit VISIER, was der Verdeutlichung des komplexen Themas sehr dienlich war.

Führungsaufsicht obligatorisch

Vonseiten der Abgeordneten und der GdP wurde positiv eingeordnet, dass künftig bei jedem VISIER-Probanden die Führungsaufsicht obligatorisch sein soll. Aus GdP-Sicht – so Becker – liege auf der Hand, dass die Informationen in aufgearbeiteter, ausgewerteter und bewerteter Form von der Justiz an die Polizei übermittelt werden müssten. Das „Übergangs- oder Entlassungsmanagement“ müsse auch zeitlich gut abgestimmt sein.

KURZ & KNACKIG

■ Peter Werner bleibt IPA-Landes-Chef

Peter Werner wurde beim Delegiertentag in Enkenbach erneut zum Landesleiter der IPA (International Police Association) gewählt. Sein Vorgänger **Peter Gerhards** wurde für seine langjährigen Verdienste ausgezeichnet. **Ernst Scharbach** würdigte in seinem Grußwort die Verdienste der IPA um die internationale Kollegialität.

■ Rund 250 Nichtraucher in elf Seminaren

Die GdP hat in diesem Frühjahr das vorläufig letzte Seminar der Reihe „rauchfrei & schlank mit der GdP“ durchgeführt.

Seit 2007 haben an den elf angebotenen Tages-Seminaren über 300 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen. Etwa 250 davon dürften rauchfrei geworden sein. Viele Teilnehmer berichteten auch, von besserer Ernährung sowie von Bewegung und Sport.

Bernd Becker vom GdP-Landesvorstand dankte dem Referenten **Manfred Weck** von „rauchfrei & schlank“ sowie den Kollegen **Norbert Kölzer** und **Axel Gräff**, die bei der Organisation an der Landespolizeischule immer kräftig mitgeholfen haben.

Zusätzliche „PAJu“ im Raum Koblenz erforderlich

Michael Hüttner und Heiko Sippel dankten für die Informationen durch die GdP-Leute und sagten zu, das Thema im politischen Raum weiter zu unterstützen. Sippel will beim Justizministerium den Sachstand zur Änderung des § 246a StPO erfragen. Beide wiesen auf die Erkenntnis hin, dass es im Norden des Landes an therapeutischen Angeboten mangle. Dieses Defizit sei auch im Justizministerium unbestritten, Ziel sei es, im Raum Koblenz eine dritte „PAJu“, also eine Psychotherapeutische Ambulanz der Justiz, zu etablieren.

Der sachorientierte Austausch endete mit der Vereinbarung, sich gegenseitig zum Thema auf dem Laufenden zu halten.



INTERVIEW MIT GESUNDHEITSMANAGERIN**Strategien zur Linderung der Belastungen entwickeln**

Steffi Loth und Isabelle Steyer führten ein Gespräch mit Marlen Marko, die seit fast einem Jahr als Gesundheitsmanagerin für die rheinland-pfälzische Polizei arbeitet

DP: Frau Marko, Sie sind seit Juli 2012 unsere Gesundheitsmanagerin. Was haben Sie vor Ihrer Einstellung bei der Polizei gemacht?

Marlen Marko: Um mir meinen eigentlichen Berufswunsch zu erfüllen, habe ich ein Bachelorstudium im Gesundheitsmanagement und ein Masterstudium in Public Health an der Hochschule Fulda absolviert.

DP: Was machen Sie zurzeit genau?

Marlen Marko: Das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) ist ein langfristiger und dauerhafter Prozess. Als Angehörige der Koordinierungsstelle BGM in der Polizeiabteilung des Innenministeriums ist meine Kernaufgabe, das BGM und seine Strukturen – gemeinsam mit den Kollegen in der Koordinierungsstelle und den BGM-Beauftragten der Behörden und Einrichtungen – weiter auszubauen und das Thema Gesundheit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gezielt näherzubringen.

Dabei ist eine enge **Zusammenarbeit** mit den Sozial-, Sport- und Gleichstellungsbeauftragten, den Fachkräften für Arbeitssicherheit, der Schwerbehindertenvertretung, dem polizeiarztlichen Dienst, der Polizeiseelsorge, den Personalräten, Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wichtig. Externe Partner wie die Unfallkasse unterstützen den Prozess. Neben der fachlichen Unterstützung der BGM-Beauftragten gehört zu meinen Aufgaben auch die Ausarbeitung von Regelungen und Konzepten, die für das BGM in der Polizei von landesweiter Bedeutung sind.

In diesem Jahr widmen wir uns intensiv dem **psychischen Wohlbefinden**, wozu verschiedene Veranstaltungen über das Jahr stattfinden.

DP: Wie vernetzen Sie sich, woher bekommen Sie Ihre Informationen?

Marlen Marko: Ich versuche die verschiedenen Akteure in die Ausgestaltung des BGM mit einzubeziehen. Anhaltspunkte geben mir auch meine **Hospitationen** in den verschiedenen Bereichen wie Einsätze oder Dienste im WSD. Das gibt mir auch gute Möglichkeiten, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen und die berufsspezifischen Anforderungen und Belastungen kennen zu lernen. Fachtagungen zum Thema BGM bieten immer gute Möglichkei-

ten zum Erfahrungsaustausch. Die Nutzung von medizinischen Datenbanken oder Internetplattformen sowie die weitgehende Vernetzung, z. B. im Deutschen Netzwerk für betriebliche Gesundheitsförderung (DNBGF), sind selbstverständlich.

DP: Wie ist Ihre Meinung zu dem umstrittenen Zeitungsartikel „Wie fit ist die Polizei?“

Marlen Marko: Ich bedaure sehr, dass viele Aussagen in einem negativen Bild erschienen sind. Das Pressegespräch selbst verlief inhaltlich in weiten Teilen ganz anders, als es der Zeitungsartikel wiedergibt. Aussagen der Gesprächsteilnehmer sind teilweise aus dem Kontext gerissen, gekürzt



Lachen ist gesund:
Gesundheitsmanagerin Marlen Marko

und verzerrt dargestellt worden. Ganz besonders bedauerlich: Die Gesprächsteilnehmer haben zum Beispiel der Polizei Rheinland-Pfalz einen **überdurchschnittlichen Fitnesszustand** attestiert, was in der Presse gänzlich unerwähnt geblieben ist. Wir erhielten keine Gelegenheit, den Artikel vor seinem Erscheinen inhaltlich zu überprüfen – und dann war es leider zu spät.

DP: Frau Marko, gibt es im Gesundheitsverhalten Unterschiede zwischen Frauen und Männern?

Marlen Marko: Ja, sehr deutliche, welche auch schon seit längerer Zeit erforscht sind. Es gibt Unterschiede im Gesundheitsbewusstsein, im Gesundheitsbefinden, im Gesundheitsverhalten und im Krankheitsspektrum sowie in der Bewältigung gesundheitlicher Probleme und Krankheiten. Männer bewerten zum Beispiel ihren Gesundheitszustand im Durchschnitt oft besser und sind mit ihrer Gesundheit zufriedener als Frauen. Verschiedene Studien zeigen, dass Männer im Gegensatz zu Frau-

en häufig weniger auf ihr körperliches und seelisches Wohlbefinden achten und ungesünder leben. Zum Beispiel bevorzugen Männer fettreichere Lebensmittel, trinken mehr Alkohol, rauchen häufiger und tragen öfter Unfallverletzungen davon, während Frauen eher zum Missbrauch von Medikamenten neigen. Männer gehen ungern zu Vorsorgeuntersuchungen. Sie erwarten von ihrem Körper, dass er wie eine Maschine funktioniert. Erst bei Störungen wird eine „Werkstatt“ aufgesucht. **Neben den Unterschieden im Gesundheitsbewusstsein** und -verhalten unterscheiden sich Männer und Frauen auch im Krankheitsspektrum. Zum Beispiel zeigt die Mitarbeiterbefragung (SALSA) aus dem Jahr 2008, dass bei Männern häufiger Herzbeschwerden und Schlafstörungen auftreten, während Frauen häufiger unter Gelenkschmerzen, Magenschmerzen, Verdauungsstörungen, Appetitlosigkeit, Kreislaufstörungen, Kopfschmerzen und Verspannungen leiden.

DP: Was haben Sie sich für die nahe Zukunft vorgenommen, wo wollen sie hin mit dem BGM?

Marlen Marko: Wir wollen mit den verschiedenen Akteuren das bestehende Angebot weiter ausbauen und zielgruppenorientierte Angebote zur Aufrechterhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit schaffen. Es wird immer Neues zu tun geben. Die Kooperation mit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz wollen wir weiter ausbauen und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern intensivieren. Ich möchte gemeinsam mit den Betroffenen und wichtigen Akteuren Strategien entwickeln, die zur Linderung oder Beseitigung der aus der Tätigkeit und den Rahmenbedingungen resultierenden Belastungen beitragen. Dazu bedarf es der Mitwirkung jedes Einzelnen. Daher mein **Appell:** Wenden Sie sich gerne an mich oder an die zuständigen BGM-Beauftragten in Ihren Behörden und Einrichtungen! Lassen Sie uns Ihre Wünsche und Anregungen zukommen und teilen Sie uns Ihre Bedürfnisse in Sachen Gesunderhaltung mit!

DP: Frau Marko, vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!



KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

In der Kommission Innere Führung (KIF) wurde die neugestaltete Leitbildbroschüre vorgestellt. Dank reduzierter Druckkosten wird sie neu aufgelegt und verteilt mit dem Schwerpunkt FH, wo das **Leitbild** in Vorlesungen behandelt wird. Gleiches gilt für die Broschüre „Führung und Zusammenarbeit“.

KIF-Vorsitzender **Werner Blatt** berichtete aus einem Gespräch der BuE-Leiter mit Vertretern der **Sozialberatung** und der Polizeiseelsorge. Personalnot und Arbeitsüberlastung schlagen sich in zunehmendem Burn-out nieder. Dem gegenüber hätten Probleme we-

gen Alkoholmissbrauch deutlich abgenommen.

Koll. **Martin Kuntze** und **Thomas Ebling** berichteten aus dem „Führungsradar“ und der „AG Leitbild“ unisono über die Belastungen für Vorgesetzte und Mitarbeiter durch die immer wiederkehrenden Beurteilungen. Übereinstimmung herrschte, dass sich auch mit einer neuen Beurteilungsvorschrift das Dilemma Einfachheit vs. Gerechtigkeit nicht lösen lassen wird. Eine AG soll sich mit dem Thema befassen. Die Berufsvertretungen sprachen sich gemeinsam für eine Reduzierung der Beurteilungsanlässe aus – am einfachsten durch Regelbeförderungen.

Angeregt aus dem PP WP befasst sich das ISIM mit einer besoldungsrechtlichen Bewertung der Funktion des „**IT-Sicherheitsbeauftragten**“. Die BuE wurden um ihre Auffassung gebeten.

Die Ausschreibung „**Hoheitliches Abschleppen**“ wird nach Beratungen von ISIM, ZPT und HPRP noch einmal an die Präsidien übermittelt. Der HPRP bat darum, die Belange der WZ „betroffenen“ Kolleginnen und Kollegen vor Ort stärker in den Fokus zu nehmen.

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

KONSTITUIERUNG DES NEUEN HAUPTPERSONALRATS

Scharbach: Vier Jahre gute Zusammenarbeit im Interesse der Kolleginnen und Kollegen

Am 30. 4. 2013 fand unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden des Landes-Wahlvorstandes, Anne Knewitz, die konstituierende Sitzung des neuen Hauptpersonalrates Polizei beim ISIM statt.

Das Gremium (Mitglieder siehe rechts) wählte **Ernst Scharbach** (GdP) erneut zum Vorsitzenden.

Scharbach bedankte sich bei Anne Knewitz und allen Kolleginnen und Kollegen, die in den Wahlvorständen im Land als Geburtshelfer der neuen Räte fungiert haben.

Unter Leitung des neuen Vorsitzenden beschränkte sich die erste Sitzung des ab 1. 6. 2013 amtierenden Gremiums auf die Vorstandsbildung. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Margarethe Relet (Tarifvertreterin) und Heinz Werner Gabler. Bernd Becker und Sabrina Kunz amtieren künftig als „Weitere Vorstandsmitglieder“. Ernst Scharbach wies die neuen Mitglieder auf die persönlichen Rechte und Pflichten der Personalräte hin und zeigte sich sicher, dass im Hauptpersonalrat weiterhin an der Sache orientiert gut zusammengearbeitet werde – im Interesse der Kolleginnen und Kollegen.



Ernst Scharbach



Margarethe Relet



Heinz Werner Gabler



Bernd Becker



Sabrina Kunz



Helmut Knerr



Ingo Schütte



Thomas Lenz



Bernd Engemann



Werner Hillmer



Holger Mönicke



Gerd Michler



Erwin Hoffmann



Hermann Schlindwein

HPRP-Mitglieder von der DPoIG/BDK-Liste:

- Werner Kasel
- Werner Märkert
- Benno Langenberger
- Hubert Bender
- Thomas Mayer

Kontaktdaten des HPRP

- 06131.16-3365 (Ernst Scharbach)
- 06131.16-3378 (Margarethe Relet)
- 06131.16-3379 (Heinz Werner Gabler)
- 06131.16-3380 (Bernd Becker)
- 06131.16- 3381 (Gabi Schramm, GZ)



GdP-Reise 2013

Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland

Insel EUBÖA „Griechenlands Schmuckkasten“ am Golf von Marathon

11-tägige Gruppenreise, Flug mit Lufthansa, Abflugmöglichkeiten aus Frankfurt und Stuttgart. Einzelzimmer ohne Aufpreis, 3 Tagesausflüge schon im Preis enthalten. Hotel mit Halbpension in direkter Strandlage.

Die GdP-Reise der GdP-Landesbezirke Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, führt in diesem Jahr nach Griechenlands auf die Insel EUBÖA.

Euböa ist nach Kreta die zweitgrößte Insel Griechenlands und beherbergt alle Schönheiten und Reize, die sich ein Reisender von seinem Urlaubsgebiet erwartet im Überfluss und besitzt darüber hinaus noch ihren typischen Charakter, der einmal einen griechischen Dichter dazu hingerissen hat, Euböa als „Griechenlands Großen bunten Schmuckkasten“ zu bezeichnen. Zaubhafte Berglandschaften mit Gipfeln bis zu 1.800 m, Bergdörfer und Klöster wechseln sich ab mit fruchtbaren Tälern und Hochebenen, dichten Wäldern und völlig verkarsteter Landschaft. Und allgegenwärtig ist das Meer. Tiefblau und smaragdgrün, hier Steilküste, dort weite Sand- und Kieselstrände und da Küstenstädte und Fischerorte.

Wenn Sie sich für Geschichte interessieren, finden Sie auf Euböa viele Zeugnisse von der ersten Besiedelung des ägäischen Raums bis zu den Baudenkmalern aus der mykenischen und der klassischen Epoche. Von der römischen Besatzung bis zu den byzantinischen Kirchen und Klöstern, die sich als Schmuckstücke des heutigen Euböa erhalten haben. Erleben Sie die grandiose Landschaft Euböas im Zentrum der Insel, mit seinen abgeschiedenen Bergdörfern, den weiten Ebenen, den Platanenwäldern, die wuchtigen massiven Gebirgszüge mit den großartigen Schluchten.



Tagesausflüge



Athen

Sie starten diesen Ausflug mit der Überfahrt nach Agia Marian. Entlang eines antiken Straßenverlaufs führt Sie der Weg über die Dionysos-Berge hinunter nach Athen. Sie besuchen die Akropolis und den Tempel des Olympischen Zeus. Spazieren Sie durch den Nationalgarten bis zum Parlament und wohnen dem Wachwechsel bei. Nach einer ausführlichen Stadtrundfahrt steht Ihnen in der Altstadt (Plaka) freie Zeit zur Verfügung.

Kanal von Korinth - Mykenae - Nauplia

Nach der Überfahrt nach Agia Marian Fahrt über Attika zu Ihrem ersten Halt am Kanal von Korinth. Weiterfahrt durch die Provinzen Korinthia und Argolis nach Mykenae zu den Ausgrabungen von Heinrich Schliemann. Hier Besuch der Akropolis und des Schatzhauses des Atreus. Anschließend Fahrt zur womöglich schönsten Stadt Griechenlands nach Nauplia. Hier war die Residenz des ersten Königs Otto von Wittelsbach, der Nauplia zur Hauptstadt des Landes erhob. Eine farbenfrohe Altstadt mit vielen Einkaufsmöglichkeiten erwartet Sie. Bei einem Stadtparzierringang entdecken Sie das alte Parlament, die Denkmäler der Wittelsbacher und den bayerischen Löwen mit der Ruhestätte der gefallenen bayerischen Soldaten.

Ägäisches, traditionelles Euböa

Heute erleben Sie die grandiose Landschaft Euböas mit der Fahrt in das Zentrum der Insel, mit seinen abgeschiedenen Bergdörfern, den weiten Ebenen, den Platanenwäldern und den erstaunlich massiven Gebirgszügen. Über den ausgetrockneten Urzeit-See von Dystos geht es dann östlich in die antike Seefahrerstadt Kymi (hier wahrscheinlich Ursprung des lateinischen Alphabets, Gründer von Capri, Neapel und Marseilles). Sie besuchen jahrhundertalte Kirchen aus byzantinischer Zeit und verweilen in kleinen Dörfern.

Ab/bis Stuttgart oder Frankfurt mit Lufthansa am **25.10. - 04.11.2013**
Einzelzimmer ohne Aufpreis

im DZ, HP pro Person nur **906,-- €**



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

Weitere Infos und Buchung:



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06131 96009 23



www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



3. BACHELOR GRADUIERT

Die Verfassung ist Richtschnur für Ausbildung und Polizeiarbeit



Herzliche Gratulation dem Besten: PP Lothar Schömann, Nico Maier, Staatssekretärin Heike Raab und Schulleiter Klaus-Jörg Weidmann

Mit 13,02 Punkten wurde **Koll. Nico Maier** vom PP Trier Lehrgangsbester des 3. Bachelor, wie der Leiter des Fachbereichs Polizei der FH in seiner Ansprache verkündete. Von 180 Anfängern im Mai 2010 konnte Staatssekretärin **Heike Raab** an 152 neue Kommissarinnen und Kommissare die Ernennungsurkunde überreichen. Sieben weitere erhalten eine Chance bei der Wiederholungsprüfung. Im Schnitt erreichte der 3. Bachelor 9,6 Punkte.

StS Heike Raab hob in ihrer Ansprache die moderne Ausbildung auf dem Hahn als vorbildlich hervor. Besonders die Internationalität beeindruckte sie; ebenso wie die neue Ausrichtung auf die neue virtuelle Welt mit den Herausforderungen an die digitale Forensik. Raab dankte den anwesenden Landtagsabgeordneten **Michael Hüttner** (SPD), **Alexander Licht** (CDU) und **Frau Jutta Blatzheim-Roegler** (Grüne) für ihre Unterstützung. So konnten am 2. Mai

200, statt wie vorgesehen 150, Anwärter/-innen eingestellt werden. Der Polizei – und besonders dem Nachwuchs – komme eine ganz herausragende Bedeutung für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu. Die Verfassung sei Richtschnur für die tägliche – manchmal auch sehr schwere – Arbeit der Polizistinnen und Polizisten.

Klaus-Jörg Weidmann wählte einen chinesischen Sinnspruch:

„Wähle den Beruf, den Du liebst und Du brauchst keinen Tag mehr zu arbeiten!“

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

90 Jahre

Alfons Hauns,
KG Vorderpfalz

85 Jahre

Gerda Frenz,
KG PP/PD Mainz

75 Jahre

Horst Maur,
KG Westerwald/Rhein-Lahn

70 Jahre

Peter Wenzel,
KG PD Wittlich
Ursula Bertschin,
KG PP/PD Mainz
Dieter Mörschel,
KG PP Westpfalz

65 Jahre

Ellard Willmann,
KG Südpfalz
Berthold Schmitt,
KG PD Wittlich
Helmut Ströder,
KG Westerwald/Rhein-Lahn
Franz Leidecker,
KG Vorderpfalz

WIR TRAUERN UM

Uwe Kuhn,
49 Jahre,
KG PD Kaiserslautern

Fritz Knopp,
87 Jahre,
KG Vorderpfalz

Margarethe Renz,
64 Jahre,
Ehefrau von
Koll. Hans-Georg Renz,
KG PP/PD Mainz

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Traudl Wagner,
KG PD Neustadt

Werner Mandery,
KG Südpfalz

Manfred Kronenburg,
KG PP Trier

Paul Friedrich,
KG Westerwald/Rhein-Lahn

Matthias Höwer,
KG Westerwald/Rhein-Lahn

